

Motion von Liliane Waldner (SP, Zürich)
und Heidi Müller (GP, Schlieren)
betreffend Ausarbeitung eines Programms zur Verbesserung der Situation
Langzeitarbeitsloser

Der Regierungsrat wird eingeladen, ein umfassendes Programm zur Verbesserung der Situation Langzeitarbeitsloser auszuarbeiten. Das Programm soll insbesondere folgende Probleme angehen:

- Die vom Bund beschlossene Ausdehnung der Taggeldberechtigung soll zur Schaffung der Möglichkeit nicht nur von herkömmlichen Umschulungsmassnahmen, sondern der beruflichen Neuorientierung und Berufsausbildungen mit anerkannten Diplomabschlüssen genutzt werden.
- Förderung oder Schaffung von qualifizierenden Beschäftigungsprogrammen für Langzeitarbeitslose. Die Beschäftigten sollten im Sozialversicherungssystem integriert sein wie KUVG, BVG.
- Verbesserungen der Verknüpfung zwischen Arbeitslosenversicherung und den Leistungen gemäss IV-Gesetzgebung wie Eingliederungsmassnahmen und Renten.

Liliane Waldner
Heidi Müller

Begründung:

Die Langzeitarbeitslosigkeit wird in nächster Zukunft ein besonders grosses Problem darstellen. Gemäss BIGA suchen 10% der Arbeitslosen seit mehr als einem Jahr eine Stelle. Es genügt nicht, nur die Taggeldberechtigung für ALV und ALH auszudehnen, sondern es ist dringend notwendig, parallel dazu die Beschäftigungs- und Weiterbildungsangebote auszubauen. Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sinken die Chancen der beruflichen Wiedereingliederung. Eine künftige Ausdehnung der Taggeldberechtigung sollte dazu genutzt werden, verstärkt qualifizierende Berufsbildungsangebote zu machen. Langzeitarbeitslosen sollte die Chance einer qualifizierenden Beschäftigung geboten werden. In Deutschland existieren Beispiele privatrechtlich oder öffentlichrechtlich organisierter Beschäftigungsgesellschaften. Wer lange Zeit ohne Arbeit gewesen ist, leidet in der Regel unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Behinderungen, die in vielen Fällen zu Leistungen gemäss der IV-Gesetzgebung berechtigen: berufliche Eingliederungsmassnahmen oder Rente. Durch frühzeitige Abklärungen und verbesserte Koordination soll vermieden werden, dass Arbeitslosigkeit zu Fürsorgebedürftigkeit führt. Es liegt im Interesse der Volkswirtschaft, der öffentlichen Finanzen und vor allem der Betroffenen, wenn die Problematik Langzeitarbeitslosigkeit umfassend angegangen wird.